

noch Aufrufe zum deutsch-tschechischen Verständnis oder eine Respektbezeugung gegenüber Tomáš G. Masaryks demokratischem Erbe.

M.s Buch bietet eine detaillierte Mikroanalyse der *Reichenberger Zeitung* und eröffnet damit den Zugang zu einem tieferen Verständnis der Dynamik der Radikalisierung des deutschsprachigen Medienraums in der Tschechoslowakei der 1930er Jahre. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf konkreten medialen Repräsentationen, deren Interpretation jedoch noch stärker durch die Einbettung in den weiteren diskursiven Rahmen der damaligen sudetendeutschen Politik hätte gestützt werden können – insbesondere im Hinblick auf die Schlüsselbegriffe „*Wiedergutmachung*“ und „*Nationalbesitzstand*“, die Iris Nachum jüngst präzise herausgearbeitet hat.¹ Ebenso gewinnbringend wäre eine intensivere Kontextualisierung der Minderheitenpolitik des tschechoslowakischen Staates gewesen. In diesem Zusammenhang sei den Lesern und Leserinnen auch die kritisch ausgerichtete Arbeit von Mary Heimann² in Erinnerung gerufen.

Praha

Sandra Kreisslová

-
- 1 IRIS NACHUM: *Nationalbesitzstand und „Wiedergutmachung“*. Zur historischen Semantik sudetendeutscher Kampfbegriffe, Göttingen 2021.
 - 2 MARY HEIMANN: *Czechoslovakia. The State That Failed*, New Haven 2011.

Felix Matheis: *Hanseaten im „Osteinsatz“*. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 62.) Wallstein Verlag. Göttingen 2024. 455 S., Tab., Kt. ISBN 978-3-8353-5495-1. (€ 42,-.)

Die Studie von Felix Matheis entstand als Dissertation an der Universität Hamburg. Gegenstand der präzisen Untersuchung ist das Engagement hanseatischer Handelsunternehmen im sog. Generalgouvernement (GG), dem vom Deutschen Reich besetzten, aber nicht annektierten Teil Polens. Aufbauend auf einem dichten, in deutschen und polnischen Archiven zusammengetragenen Quellenkorpus beleuchtet M. die Rolle von Bremer und Hamburger Firmen bei der Plünderung Polens von 1939 bis 1945. Obgleich es bereits eine Vielzahl von Arbeiten zum nationalsozialistischen Besatzungsapparat in Polen gibt, leistet die Studie einen wertvollen Beitrag zur Besatzungsgeschichte, aber auch zur Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte des Nationalsozialismus, in dem sie die explizite Beteiligung deutscher Unternehmer an der ökonomischen Ausbeutung Polens und seiner Bevölkerung herausarbeitet und damit ein Desiderat aufgreift. In fünf Kapiteln zeichnet der Autor nach, wie sich hanseatische Unternehmer den neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassten, sie mitgestalteten und Strategien entwickelten, um bestehende Geschäftsmodelle im GG weiterzuführen bzw. zu adaptieren. Dabei geht es nicht allein um ökonomische Faktoren, sondern auch um die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Akteuren, politischen Entscheidungsträgern und Verwaltungsstrukturen. Zentrales Element ist die Analyse von Netzwerken sowie die Frage nach der Tradierung kolonialer Denk- und Handlungsmuster aus dem Überseehandel auf die nationalsozialistische Ostkolonisation. Darüber hinaus fokussiert die Studie auf die Verstrickung der Handelsfirmen in den Raubmord an den polnischen Juden und Jüdinnen.

Das erste Kapitel bietet eine differenzierte Betrachtung der Beziehungen zwischen hanseatischen Traditionsunternehmen und den Nationalsozialisten und deren Vorstellungen einer künftigen Wirtschaftspolitik. Während einige durchaus einflussreiche Unternehmen frühzeitig enge Verbindungen zu NS-Wirtschaftskreisen pflegten, bestanden zugleich Spannungen aufgrund der Orientierung hin auf einen liberalen Welthandel und der diesem Streben entgegengesetzten Autarkiepolitik des Regimes. Den erfolgreichen Ausbau von Netzwerken und die Besetzung von Schlüsselpositionen, um stärkeren Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der NS-Führung vor Ort und in Berlin zu gewinnen,

bezeichnet M. als „kaufmännische Selbstgleichschaltung“ (S. 46) und „kooperative Verflechtung“ (S. 60)

Das zweite Kapitel befasst sich zunächst mit der wirtschaftlichen Expansion nach der Annexion Österreichs 1938 und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren 1939. Es zeigt, wie hanseatische Firmen quasi als Testfall erste Erfahrungen mit der Eingliederung neuer Märkte noch vor Kriegsbeginn sammelten und wie sie sich in Wien hemmungslos „auf das prekäre Eigentum jüdischer Kaufleute stürzten“ (S. 75). Jedoch zerbrach die hohe Erwartungshaltung an die neuen Märkte insgesamt an den wirtschaftlichen Realitäten. Allerdings gelang es insbesondere in Prag, Netzwerke hanseatischer Unternehmen zu bilden. Die als Lernprozesse zu verstehenden Erfahrungen erwiesen sich, so der Autor, nach Kriegsbeginn als wegweisend für den Aufbau wirtschaftlicher Strukturen im besetzten Polen.

Die nun folgenden beiden zentralen Kapitel der Studie widmen sich dem Angriff auf Polen und dem titelgebenden „Osteinsatz“ im GG ab 1940. Zunächst beschreibt M., wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Hanseaten mit dem Überfall auf Polen und der darauffolgenden britischen Seeblockade grundlegend änderten: Der Überseehandel, aber auch der Zugriff auf überseeische Geschäfte und Lagerbestände brach gänzlich weg. Detailliert werden zudem die Grundzüge der deutschen Besatzungspolitik nachgezeichnet, die von Beginn an auf die Zerstörung der polnischen Nation und Volkswirtschaft und die Beraubung, Verdrängung und Ermordung der polnischen Juden abzielte. Es sollte „ein System von aufeinander aufbauender Ausbeutung“ (S. 139) geschaffen werden. Diese „Trümmerhaufenpolitik“ der deutschen Besatzer betraf auch den Handel, führte zu Mangel, kalkulierte eine rasante Inflation ein und beförderte den Schwarzmarkt. Während also zunächst Unsicherheiten über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung bestanden, ergaben sich für die Bremer und Hamburger Firmen jedoch im Laufe des Jahres 1940 neue Aufgabenfelder im GG. Sie sollten dem Terrorregime unter Generalgouverneur Hans Frank dabei helfen, den Handel vor allem im Agrarsektor zu stabilisieren, um so Bevölkerung und Wehrmacht zu versorgen.

Mit der Berufung des Hamburgers Walter Emmerich zum Hauptabteilungsleiter und späteren Präsidenten des Hauptamtes Wirtschaft bei der Regierung des GG in Krakau gelang es dem hanseatischen Netzwerk zudem, die eigene Position zu stärken. Der Vf. zeigt eindrucklich, wie sich hanseatische Unternehmen in die verbliebene Wirtschaft des GG integrierten und so die Agrarausbeutung auf Basis eines Prämiensystems vor dem Hintergrund steter Gewaltandrohung effektiv umsetzten. Durch ihren Einsatz trugen sie maßgeblich zur Mobilisierung der Agrarwirtschaft des GG im Interesse des Regimes bei. Eindrucklich beleuchtet die Untersuchung auch die Rolle der Unternehmen bei der Umverteilung im Groß- und Einzelhandel im Rahmen der „Arisierung“, die durch das von ihnen geschaffene Netz von Großhändlern indirekt mitemöglicht wurde. M. analysiert präzise die wirtschaftlichen Mechanismen dieser Umstrukturierung und zeigt auf, wie durch die Verdrängung jüdischer Unternehmer auch Polen von den entstehenden Marktlücken profitierten. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 und dem Anschluss des Distrikts Galizien an das GG erweiterte sich der Aktionsraum für die Unternehmer, und bewährte Prozesse wurden übertragen. Der „Osteinsatz“ der hanseatischen Kaufleute endete mit dem Vormarsch der Roten Armee. Bis zuletzt hatte man versucht, die aufgebauten Strukturen für die Kriegswirtschaft aktiv zu halten. Auch über den Zusammenbruch hinaus gelang es den hansestädtischen Firmen durchaus, ihren Anteil am Raubzug teilweise zu sichern und in privilegierter Position in die Nachkriegszeit überzugehen.

Im abschließenden Kapitel widmet sich M. der Nachkriegszeit und zeigt, wie sich viele Kaufleute nach 1945 erfolgreich in die westdeutsche Wirtschaft integrierten. Besonders bemerkenswert ist seine Analyse der wirtschaftlichen Kontinuitäten und der Rolle von Netzwerken, die bereits während der Kriegszeit bestanden hatten. Die Studie hinterfragt zudem kritisch die Unternehmensnarrative, die die eigene Rolle in der Besatzungswirtschaft nachträglich verharmlosten.

Insgesamt stellt die Studie eine umfassende und präzise Analyse des „Osteinsatzes“ hansestädtischer Unternehmen im GG dar und zeigt damit die „Erosion der Kaufmannsmoral“ (S. 75) unter der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Bereitschaft zum Engagement im GG und zuvor in Österreich und Tschechien war auch von Pragmatismus und dem Anpassungsdruck an sich ändernde Bedingungen geprägt, doch trugen die Hanseaten mit ihrem funktionalen Netzwerk wesentlich dazu bei, die NS-Terrorherrschaft über Polen wirtschaftlich aufrechtzuerhalten, wie der Autor eindrucksvoll herausarbeitet. Die Studie knüpft an die bestehende Forschung zur NS-Besatzungspolitik in Polen, aber auch an die Unternehmensgeschichte der Hansestädte Bremen und Hamburg an. Sie überzeugt nicht zuletzt durch den Verweis auf koloniale Kontexte in der Selbstwahrnehmung und Denkweise der Handelsunternehmer als Beteiligte an einem kolonialen Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten.

Bad Arolsen

Ramona Bräu-Herget

Deported. Comparative Perspectives on Paths to Annihilation for Jewish Populations under Nazi German Control. Hrsg. von Michaela Raggam-Blesch, Peter Black und Marianne Windsperger. (Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 9.) New Academic Press. Wien – Hamburg 2024. 363 S., Ill. ISBN 978-3-7003-2289-4. (€ 39,90.)

Die 14 Beiträge des Sammelbands widmen sich einem neuartigen Vergleich des anti-jüdischen Deportationsgeschehens unter der NS-Herrschaft. Auf eine 2019 in Wien abgehaltene Arbeitstagung zurückgehend, handeln sie – mit über den einzelnen Staat hinausgehendem Anspruch – von Wegen in die Vernichtung.

Die Hrsg. führen mit ihrer kundigen Einleitung „The Organisation and Implementation of Deportations in Nazi-Dominated Europe from a Transnational Perspective“ in die Thematik ein. Im Folgenden geht es zum einen insbesondere um die Beziehung zwischen den zentralen Weichenstellungen einer „Endlösung“ und den sie ins Werk setzenden zivilen, militärischen und der SS bzw. Polizei angehörenden Amtsträgern und Vollstreckern vor Ort, zum anderen um den Anteil jüdischer Organisationen, die bei der Vorbereitung und Durchführung von Deportationen gezwungen waren, mit den nationalsozialistischen Machthabern und deren Helfern zusammenzuarbeiten. Zudem zielen die Forschungsbeiträge darauf ab, die engen Handlungsspielräume der Judenräte deutlich zu machen und die Deportation ihrer Mitglieder genauer zu betrachten – diese gehörten zunächst einem geschützten Personenkreis an, wie auch die Mitglieder von Familien, die in sog. Mischehen lebten. Überdies wird der im Kontext der Judenverfolgung manchmal entscheidenden Frage der Staatsbürgerschaft sowie auch der Willkür einzelner Täter nachgegangen.

Die Beiträge sind fünf Themenblöcken zugeordnet. Im ersten stehen die Massendeportationen aus dem Reichsgebiet, insbesondere aus Berlin, im Mittelpunkt. Cornelia Shati-Geissler widmet sich den Herausforderungen bei der Erforschung einzelner Deportationen angesichts der Möglichkeiten, die die Ergebnisse des von Yad Vashem seit 2007 vorangetriebenen Forschungsprojekts „Transports to Extinction“ eröffnen, die inzwischen in eine Datenbank eingeflossen sind. Zwei Massentransporte – aus Darmstadt nach Piaski im März 1942 und aus Kassel nach Lublin bzw. Sobibór im Juni 1942 – betrachtet sie genauer. Sie lassen sich mithilfe von Unterlagen, die in verschiedenen Zusammenhängen entstanden sind, darunter auch Zeugnisse der Deportierten, aus unterschiedlichen Blickwinkeln beschreiben.

Auf welche Weise Judenräte an der Zusammenstellung und Durchführung von Transporten beteiligt waren, erörtern sodann Laurien Vastenhout für Amsterdam und Dieter Hecht am Beispiel des Journalisten Walter Lindenbaum (1907–1945) für Wien. Im dritten Abschnitt über den Täterkreis vor Ort befasst sich Hendrik Althoff mit dem „Judenreferat“ der Hamburger Gestapo. Mit den Deportationen aus Prag und Brünn im Hinblick auf die Beteiligung der Polizei des sog. Protektorats Böhmen und Mähren befasst sich